



Nachrüstung für Diesel

Viele alte Motoren sind nicht mit verhältnismäßigem Aufwand nachrüstbar. Sehr kritisch ist außerdem die Haftungsfrage. Wer ist schuld, wenn der Motor durch geänderte Steuerungsparameter plötzlich Schaden nimmt?

Es ist seit Jahren klar, dass lasche Abgasnormen und utopisch niedrige Luftschadstoffvorschriften zu Fahrverboten führen können. Für dieses politische Versäumnis dürfen weder die Hersteller noch die Kunden haftbar gemacht werden.

Umtauschprämien verschleiern die gigantische Vernichtung von Kunden-Vermögen durch ideologische Politik.

Wirtschaftspolitisch ist der Effekt ebenfalls fragwürdig, da es sich um vorgezogene Investitionen handelt.

Nachrüstungen sind unnötig. Bestandsfahrzeuge sollen weiterhin unbeschränkt freien Zufahrt zu allen Umweltzonen haben.

www.afd-bw.de



Wir wollen unsere Autos behalten.

Deutschland ist führend im Automobilbau. Damit das so bleibt, müssen die links-grüne Forderung nach Deindustrialisierung erfolgreich bekämpft werden.



Dr. Dirk Spaniel
Verkehrspolitischer Sprecher der AfD im Bundestag

„Wir sind die einzigen die einen konkreten Plan zur Erhaltung unserer Industrie und zum Erhalt des privat genutzten Automobils haben.“

AfD Landesverband Baden-Württemberg
Zettachring 6
70567 Stuttgart
Tel.: + 49 711 7260540
E-Mail: geschaeftsstelle@afd-bw.de



Die Zukunft des Automobils



Das private Auto ist für weite Teile der Bevölkerung unersetzlich. Das Auto bedeutet die Freiheit sich jederzeit komfortabel von A nach B zu bewegen.

Die EU plant massive Einschränkungen der individuellen Mobilität. Erreicht werden soll dies durch die Verteuerung der Autos, Strafzahlungen für konventionelle PKW, Subventionierung der E-Mobilität und Fahrverbote.

Das werden wir bekämpfen!



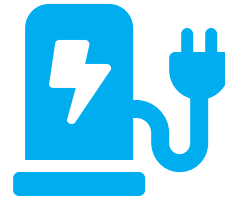
Stickoxide - NOx

Der EU-Grenzwert für die Konzentration von NO² im Jahr beträgt 40 Mikrogramm pro m³ und beruht auf einer (willkürlichen) Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Aus der Sicht der AfD muss der Grenzwert international angeglichen werden. Der US-Grenzwert von 100 Mikrogramm pro m³ basiert auf wissenschaftlichen Untersuchungen und stellt eine absolut unbedenkliche Untergrenze auch für Kinder und erkrankte Personen dar.

Zusätzlich müssen die Standorte der Messstationen zur NO²-Messung hinterfragt werden. In Deutschland wird die EU-Richtlinie so ausgelegt, dass besonders schlechte Werte gemessen werden.

Wir fordern die korrekte Ermittlung der Luftschadstoffe in Deutschland - und zwar bevor Fahrverbote ausgesprochen werden!



E-Mobilität - Spielzeug für die Upper Class

- Fahrzeuge mit akzeptablen Reichweiten sind sehr teuer und Batterien in der Lebensdauer begrenzt.
- Die Produktion der Batterien ist weit schlimmer für Mensch und Umwelt als der Betrieb eines modernen Diesel-PKW.
- Da Batteriezellen in Asien und den USA gefertigt werden, verliert Deutschland Hunderttausende Arbeitsplätze. Das ist IG Metall, CDU/CSU und FDP auch bekannt – wird aber akzeptiert!

Saubere Alternative? E-Fuels!

- E-Fuels, also synthetische Kraftstoffe werden aus dem CO² der Luft oder aus Abgasen (z.B. von Müllverbrennungsanlagen) gewonnen.
- E-Fuels kann man in allen Verbrennungsmotoren uneingeschränkt nutzen. Weiter kann vorhandene Tankstelleninfrastruktur verwendet werden.
- Bei einer heimischen Produktion entsteht Wertschöpfung und damit neue Arbeitsplätze in Deutschland.



CO²-Vorgaben und die bewusste Verteuerung des Automobils

Seit September 2018 gilt der neue Testzyklus WLTP - seither muss jede Variante einzeln zertifiziert werden. Dadurch kommt es auf dem Papier zu deutlich höheren Verbrauchswerten als vorher.

Ab 2015 betrug der CO²-Grenzwert für Neuwagen 130 g/km.

Ab 2021 plant die EU eine Verschärfung auf 95 g / km. Das entspricht 3,6 L Diesel auf 100 km.

Ab 2030 sind noch mal 37,5 % weniger geplant. Das entspricht 59,38 g / km bzw. 2,24 L Diesel auf 100 km.

Damit einher geht die Einführung einer Strafzahlung von 95 pro Gramm CO² über dem Grenzwert. Das bedeutet, dass ein PKW der Golf-Klasse ab 2021, der 195 statt 95 g/km CO² ausstößt mit 100 Gramm x 95 gleich 9.500 Strafzahlung belegt wird.

Damit wird ein eigenes Automobil für viele unbezahlbar – wir wollen private und bezahlbare Automobile erhalten.

 [facebook.com/AfD Baden-Württemberg](https://facebook.com/AfD_Baden-Wuerttemberg)

 [twitter.com/AfD Baden-Württemberg](https://twitter.com/AfD_Baden-Wuerttemberg)

 [youtube.com/AfD Baden-Württemberg](https://youtube.com/AfD_Baden-Wuerttemberg)

Spendenkonto:
AfD Landesverband Baden-Württemberg
Volksbank Stuttgart
Verwendungszweck: Spende
IBAN: DE70 6009 0100 0241 0220 02
BIC: VOBAD533